



Pressekonferenz

Umsetzung von Massnahmen zur Integrationspolitik: Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens in Siedlungen mit hohem Ausländeranteil

Dienstag, 28. November 2000, Stadthaus

Statement Stadtpräsident Josef Estermann

Vor 2 Wochen haben wir die Öffentlichkeitskampagne „Nur eine weltoffene Stadt ist eine Weltstadt“ vorgestellt und darauf hingewiesen, dass sie nur einen Baustein in der Integrationspolitik unserer Stadt darstelle. Die Integrationspolitik umfasst die verschiedensten, ja praktisch alle politischen Handlungsfelder. Weil Politik auf das "bonum commune", auf das gute Zusammenleben, gerichtet ist, und dieses Zusammenleben eben nicht unabhängig von kulturellen Wertvorstellungen erreicht werden kann, dem was gemeinhin gilt oder gelten soll.

Natürlich könnte es Leute geben, die nach der Ablehnung der 18 Prozent-Initiative und beim heutigen konjunkturellen Aufschwung mit einer starken Nachfrage auch nach ausländischen Arbeitskräften Integrationspolitik unwichtig finden, bzw. die Meinung vertreten, guten Willen vorausgesetzt ergebe sich Integration ganz von selbst.

Sie reden an der Realität vorbei: Die Realität ist, wie Daniel Cohn Bendit In „Heimat Babylon“ schreibt, dass eine multikulturelle Gesellschaft immer eine Konfliktgesellschaft ist und bleiben wird. Ob unsere heutigen *nationalen Gesellschaften* dies wollen oder nicht, sie umfassen die verschiedensten Kulturen (die Schweiz sozusagen traditionellerweise). Die Migration bringt die unterschiedlichsten Wertvorstellungen und Kulturen zusammen, was notwendigerweise zu Problemen führt.

Allerdings sind diese Probleme nicht gleichmässig auf die Aufnahmegesellschaft verteilt. Vielmehr treten sie gehäuft dort auf, wo das Zusammenleben sonst schon belastet ist. Einfacher ausgedrückt: Privilegierte haben es leicht, für Weltoffenheit zu plädieren und für Toleranz; denn sie erfahren meist nur die positiven Seiten der Migration. Sie profitieren von Hausbediensteten, der freundlichen Bedienung im Restaurant, dem anregenden Gespräch mit dem Informatikspezialisten, dem kulturellen Austausch im Schauspielhaus usw. Weniger Privilegierte in den belasteten Teilen unserer Stadt machen da andere Erfahrungen; in der Konfrontation mit einer sich ausbreitenden Prostitution, mit Drogenhandel unten an der Strassenecke oder auch mit Alltagskonflikten wegen anderer Ruhe- und Sauberkeitsvorstellungen.

Die sozialen Orte, an denen Migrantinnen und Migranten und Alteingesessene vor allem aufeinandertreffen und wo sie deshalb auch eher in Konkurrenz zueinander treten und in Konflikt geraten – nicht nur theoretisch, sondern sehr hautnah, lassen sich nach drei Dimensionen analysieren:



In einer *räumlichen* Dimension sind es – die sonst schon belasteten und darum weniger attraktiven Wohngebiete und Siedlungen in unserer Stadt. Nach *soziokulturellen* Kategorien sind es die unteren sozialen Schichten, Un- und Angelernte, Erwerbslose. Sie stehen miteinander in Konkurrenz auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt. Und in *generationenspezifischer* Betrachtung sind es die Jugendlichen, unter denen der Anteil der Migrantinnen und Migranten sehr viel höher ist als im Durchschnitt der Bevölkerung. Sie stehen in Konkurrenz auf dem Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt. Daneben haben besonders ältere Menschen Angst vor dem Fremden.

Der Wiener Soziologe Dangschatz hat festgestellt: „In diesen gesellschaftlichen Segmenten werden die Schattenseiten der multikulturellen Gesellschaft abgearbeitet. Diese Menschen sind den kulturellen Widersprüchen tagtäglich ausgesetzt und werden von den bildungsbürgerlichen Schichten kritisiert und diskriminiert. Diese Menschen (...) sind oft traditionalistisch kleinbürgerlich und kleinräumig-konservativ orientiert und damit kaum auf die Bedingungen einer multikulturellen Gesellschaft vorbereitet.“

Integrationspolitik muss an diesen sozialen Orten ansetzen, mit dem Ziel, das Zusammenleben für alle zu erleichtern und zu verbessern. Darum wollen wir mit konkreten Massnahmen in den Handlungsfeldern „Schule“, „Wohnquartier“, „Erwerbsarbeit“ und „öffentliche Sicherheit“ Unterstützung anbieten. Es sollen die alltäglichen Konflikte besser gelöst und noch besser reduziert und gemildert werden.

Heute möchten wir Ihnen ein Projekt vorstellen, das einen Beitrag zur Verbesserung des Zusammenlebens zuhause, dort, wo man wohnt, in der eigenen Siedlung und im Wohnquartier, leistet. Nichts ist schlimmer, als wenn man dort, wo man zuhause wäre, sich nicht mehr zuhause fühlt, wenn man sich fremd fühlt im eigenen Haus.

Die Fachstelle für Stadtentwicklung hat sich intensiv mit dem Thema Segregation und ihren Folgen für das Zusammenleben befasst; sie hat unter anderem eine wissenschaftliche Studie über das Zusammenleben in ausgewählten Siedlungen erstellen lassen, und sie hat schliesslich zusammen mit dem Verein Domicil ein Pilotprojekt ausgearbeitet, das den Bewohnerinnen und Bewohnern in „schwierigen“ (konfliktiven) Wohnsituationen Unterstützung anbietet.